

hergeben. Deswegen ist jede Stimme für Die Linke bei der Bundestagswahl eine Stimme gegen den Krieg.

Die wahrarithmetischen Spielereien können wir getrost anderen überlassen. Aus meiner Perspektive gibt es tatsächlich zwei Lager in der Bundespolitik: Das große Lager der Militärbefürworter in CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen, die glauben, dass die Bereitschaft zum Einsatz von Militär eine Bedingung der „Politikfähigkeit“ ist, auf der einen Seite und Die Linke als einzige Opposition auf der anderen Seite. Ob Merkel oder Steinbrück die nächste Bundesregierung führen, ist dabei weniger relevant als die Frage, wie stark diese linke Opposition im Bundestag sein wird. Deswegen werbe ich ausdrücklich dafür, bei dieser Bundestagswahl nicht nur Die Linke zu wählen, sondern sie auch mit außerparlamentarischem Rückenwind zu versehen, etwa

durch Wahlaufrufe, friedenspolitische Veranstaltungen oder durch aktive Unterstützung im Wahlkampf.

Nur friedlich zu denken reicht nicht aus. Es geht auch darum, eine andere Politik möglich zu machen. Und dafür bleibt Die Linke eine wichtige Bündnispartnerin der Friedensbewegung und aller KriegsgegnerInnen.

Kathrin Vogler ist seit 1979 DFG-VK-Mitglied, in den 1990er Jahren war sie Geschäftsführerin des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und Bundessprecherin, danach war sie Geschäftsführerin des Bundes für Soziale Verteidigung. Seit 2009 ist sie Linke-Bundestagsabgeordnete. Sie kandidiert wieder für den Bundestag. Dieser Text ist erstmals in der Ausgabe 1/2013 der DFG-VK-Zeitschrift »ZivilCourage« erschienen.



Michael Schmid

Warum ich als Pazifist keine Parteipolitik (mehr) mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

Von 1982 bis 1992 war ich Mitglied der Partei Die Grünen. In dieser Zeit kandidierte ich unter anderem für sie bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 1984 im Kreis Sigmaringen, war 1984/85 Kreisvorsitzender, bei der Landtagswahl 1988 Zweitkandidat und bei der Bundestagswahl 1990 Kandidat im Wahlkreis 198 (Zollernalb-Sigmaringen). Damit ist angedeutet, dass ich mich damals durchaus für diese Partei engagiert habe, bevor ich im Frühjahr 1992 wieder ausgetreten bin. Seither war ich nicht mehr Mitglied irgendeiner Partei, habe bei keinen politischen Wahlen mehr kandidiert, mich an Wahlen zwar nicht immer, aber doch zumeist beteiligt.

Ab Mitte der 1970er Jahre hatte ich begonnen, mich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Dies geschah vornehmlich in kleinen, unabhängigen Basisgruppen, die sich der »Dritte-Welt«, Ökologie- und Friedensbewegung zurechnen ließen. Unter anderem bin ich in dieser Zeit auch Mitglied beim Versöhnungsbund und in der DFG-VK geworden.

Meine Überzeugung damals wie heute war, dass ein langfristig notwendiger gesellschaftlicher Wandel nicht nur und nicht in erster Linie

über die Parlamente erreicht werden kann. Ohne eine Bewusstseinsveränderung einer Bevölkerungsmehrheit und dem daraus entstehenden »Druck von unten« wird da nicht viel zu machen sein. Deshalb ist es mir wichtig, ein vorherrschendes Politikverständnis zu überwinden, nach dem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger demokratische Betätigung nur in der Teilnahme bei Wahlen sehen. Vielmehr muss Demokratie für uns bedeuten, sich fortwährend in die Politik einzumischen und diese nicht mehr nur Stellvertretern in den Parlamenten zu überlassen.

Natürlich nahm ich wahr, dass es ebenfalls Ende der 1970er Jahre insbesondere aus den Reihen der Ökologiebewegung Kandidaturen bei verschiedenen Wahlen gab. Schließlich wurden die Die Grünen gegründet. Weil ich damals jeglicher Parlamentsarbeit äußerst skeptisch gegenüberstand, habe ich mich zunächst auch daran nicht beteiligt, war eher interessierter Beobachter.

Schließlich bin ich dann doch im Herbst 1982 Mitglied der Grünen geworden. Das war – zumindest, was den Zeitpunkt angeht – eine regelrechte Bauchentscheidung: Als der damalige Bundeskanzler Schmidt durch ein konstruktives Miss-

trauensvotum gestürzt wurde, schaute ich mir im Fernsehen die Bundestagsdebatte an. Das, was ich von den damals im Bundestag vertretenen Parteien zu hören bekam, rief bei mir das Gefühl hervor, dass doch dringend bei solchen Debatten auch noch etwas anderes zu hören sein sollte. Also wollte ich die Partei stärken, die mir damals als wirkliche Alternative erschien, Die Grünen. Dass ich meinen Gefühlen folgte und Mitglied der Grünen wurde, hatte allerdings durchaus auch rationale Gründe: Ich war damals schließlich zu der Meinung gekommen, dass die Betätigung auf parlamentarischer Ebene eine durchaus sinnvolle Ergänzung zu den außerparlamentarischen Aktivitäten sein könne. Mir erschien es sinnvoll, mit den Grünen der etablierten Politik eine Alternative entgegenzustellen und für diese innerhalb wie außerhalb der Parlamente zu kämpfen: Die Anliegen der Bürgerinitiativen, der Friedensbewegung und anderer Gruppen in den Parlamenten aufs Entschiedenste vertreten und die Öffentlichkeitswirkung des Parlaments nutzen und damit zu einer Verbreiterung ökologischer, friedenspolitischer und neuer sozialer Gedanken beitragen – das schien mir ein überzeugender Ansatz zu sein. Also die parlamentarische Vertretung als das »Spielbein« der Bewegung anzusehen, während das »Standbein«, die eigentliche politische Kraft, weiter die Initiativen und Bürgerbewegungen sein sollten.

Nur wenige Monate nach meinem Parteieintritt wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre, mich im Landkreis Sigmaringen als Kandidat für die Landtagswahl zur Verfügung zu stellen, die im Frühjahr 1984 anstand. Klar war dabei von vornherein, dass aufgrund des Wahlverfahrens bei den baden-württembergischen Landtagswahlen keinerlei Aussicht darauf bestand, mit einer Kandidatur in diesem »schwarzen« Wahlkreis ins Landesparlament einzuziehen zu können. Diese Chancenlosigkeit auf einen Parlamentssitz hat sich im Übrigen bis heute nicht geändert. Deshalb hat der in Sigmaringen wohnende heutige Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch stets im für einen grünen Kandidaten aussichtsreichen Wahlkreis Nürtingen kandidiert.

■ Bewusstseinsbildung durch Wahlkampf

Warum war ich dann trotz dieser Aussichtslosigkeit auf einen Parlamentssitz zu einer Kandidatur bereit? Mir war wichtig, den Wahlkampf in erster Linie zu nutzen, um zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beizutragen. Allerdings war es auch ein wesentlicher Beitrag zu meiner eigenen Bewusstseinsbildung. In der Vorbereitung auf den Wahlkampf musste ich mich in viele Themen neu einarbeiten, mir Informationen einholen und viel lernen, sowohl über die Grünen, als auch die Landespolitik von Baden-Württemberg sowie den

Landkreis Sigmaringen. Dann führte ich einen intensiven Wahlkampf mit rund 30 Veranstaltungen im Landkreis und nutzte meine Kandidatenfunktion für zahlreiche Presseberichte. Dort warb ich unter anderem für eine Abkehr von einem wachstumsorientierten Industriekurs und für einen grundlegenden Gesellschaftswandel, zeigte die Gefahren einer »Sicherheitspolitik« auf, die zu einer wahnsinnigen Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln geführt hatte sowie eine steigende Kriegsgefahr nicht zuletzt durch die in Baden-Württemberg und Bayern gerade stationierten Pershing-II-Raketen und setzte mich für »Frieden schaffen ohne Waffen« ein. Nicht müde wurde ich allerdings auch, immer wieder eindringlich darauf hinzuweisen, dass es wichtig sei, mit der Stimmabgabe die eigene politische Verantwortung nicht an Parteien und deren Vertreter zu delegieren, sondern selber aktiv zu werden oder zu bleiben. Ob die Grünen in den Parlamenten etwas erreichen können, hänge in großem Maße davon ab, was sich außerhalb der Parlamente tue. Deshalb sei die außerparlamentarische Arbeit von uns allen wichtig.

Ein paar Jahre später, bei der Bundestagswahl 1990, wurde ich von den Grünen als Kandidat in meinem Wahlkreis nominiert. Da ich mich um keinen Platz auf der Landesliste bemühte, hatte ich schon deshalb keinerlei Möglichkeit, in den Bundestag einzuziehen. Auch hier war es mir wieder wichtig, den Wahlkampf als günstige Gelegenheit zu nutzen, um für Ziele zu werben, die mir bedeutsam sind. Dabei konzentrierte ich mich schwerpunktmäßig auf Friedenspolitik. Ich trat für eine radikale Abrüstung, eine umfassende Entmilitarisierung und eine neue europäische Friedensordnung ein. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schienen die Chancen für eine solche neue Politik ja nicht ganz schlecht. Zudem kritisierte ich das Eintreten vornehmlich konservativer Politiker für den Erhalt der militärischen Einrichtungen und gegen eine Truppenreduzierung im ländlichen Raum. Um das Problem von militärabhängigen Arbeitsplätzen und Einkommen gerade im ländlichen Raum wirklich lösen zu können, müssten alle Kräfte auf einen zivilen Umbau dieses Raumes hin konzentriert werden. Deshalb schlug ich unter anderem vor, dass zum Beispiel der Landkreis Sigmaringen einen »regionalen Abrüstungsratschlag« sowie eine Stelle für Abrüstungsplanung einrichten solle.

Das Interesse an diesen Friedens-, Abrüstungs- und Konversionsthemen war allerdings nicht besonders groß. Jetzt, über zwei Jahrzehnte später, da der Landkreis Sigmaringen von Standortschließungen betroffen ist, sind Gejammer und Wehklagen bei Politikern groß, weil sie diese Entscheidung scheinbar völlig unvorbereitet trifft.

Aber 1990 war auch das Interesse an friedens- und abrüstungspolitischen Fragen selbst im eige-

nen Kreisverband der Grünen gering. Dort hatten Winfried Kretschmann und seine Anhänger bereits ganz anderes im Sinn als gerade eine solche neue Friedenspolitik, die ihnen vor dem Hintergrund ihrer an das konservative Umfeld angepassten »Reformpolitik« sicherlich viel zu radikal war. Das konnte ich bei einer Mitgliederversammlung nach der Bundestagswahl, bei welcher die Wahl ausgewertet wurde, nochmals eindrücklich erleben. Dies war im Übrigen zugleich meine letzte Teilnahme an einer Sitzung dieser Partei.

Es dauerte noch über eineinhalb Jahre bis zum Sommer 1992, dann stand mein Entschluss fest: Nach zehn Jahren Mitgliedschaft Austritt aus der Partei Die Grünen. Es war vor allem die immer stärkere Konzentration auf die Arbeit in den Parlamenten und die Bestrebungen, an Regierungen beteiligt zu sein, die für meinen Entschluss ausschlagend waren. »Spielbein« und »Standbein« waren inzwischen gänzlich vertauscht worden.

■ Das Ende der Illusionen

In meiner Austrittserklärung vom 25. Juni 1992 schrieb ich unter anderem:

»Politisch ist eine Reformpolitik dringend erforderlich. Einer solchen Reformpolitik mit der erforderlichen Tiefe und Radikalität stehen DIE GRÜNEN aber in zunehmendem Maße eher im Wege als sie sie befördern helfen. Denn in dieser Partei greift immer stärker ein Politikverständnis um sich, das den Hebel für gesellschaftliche Veränderungen im Parlament sucht. Viele GRÜNE verhalten sich so, als ob es nichts Wichtigeres gäbe, als möglichst viele Wahlprozent einzufahren. Sowohl im Erscheinungsbild als auch in den Inhalten ist eine sehr starke Annäherung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu beobachten. Doch die schwerwiegenden politischen Entscheidungen werden nicht in den Parlamenten, sondern in den Zentralen der Banken, Großkonzerne und Industrieverbände oder zumindest unter Rücksicht auf deren Interessen gefällt. Wenn die bestehenden realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht einmal mehr richtig thematisiert werden, dann kann schon gleich gar nichts zu ihrem Abbau beigetragen werden. So kommt eine Reformpolitik zustande, die mit Reformen an den Symptomen ansetzen will, ohne die Ursachen der Krisen im Blick zu behalten. Bei diesem Vorgehen können Reformprogramme zum Umweltschutz, zur Arbeitsbeschaffung, zur Entwicklungshilfe, zur Abrüstung lediglich die Wirkung von Kopfschmerztabletten entfalten, welche die Beschwerden lindern, aber nicht die Krankheit heilen.

Ich will nicht mehr bei den GRÜNEN mitmachen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass sich unter den gegebenen Verhältnissen die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Ver-

änderungen in erster Linie nicht durch wählende, sondern nur durch handelnde Menschen bewirken lassen! Mit meinem Austritt aus den GRÜNEN will ich deshalb in meiner Umgebung ein Signal dafür setzen, dass es wichtig ist, seine politische Verantwortung nicht an Parteipolitiker abzutreten. Durch das Kreuzchenmachen bei Wahlen darf sich niemand aus dieser Verantwortung davonstellen. Politisches Engagement außerhalb von Parteien und Parlamenten tut not!«

Diese Entwicklung, die ich damals kritisierte, sehe ich durch den Fortgang der Geschichte bestätigt. Die Grünen traten 1998 in die Bundesregierung ein, und vorbei war es mit dem früheren Bekenntnis zur Gewaltfreiheit: Unter der rot-grünen Bundesregierung beteiligte sich Deutschland erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg zunächst am Kosovo-Krieg und war kurz darauf am Krieg in Afghanistan beteiligt. Damit wurde mit Unterstützung der Grünen etwas vollzogen, was die Kohl-Regierung zwar angestrebt, aber so zumindest zu diesem Zeitpunkt hätte nicht durchsetzen können: alle Begrenzungen für Militäreinsätze abbauen, die Bundeswehr als gleichberechtigt in den Zusammenhang von Nato und EU einbringen und an weltweiten Kriegseinsätzen teilnehmen. Hätte Kohl dies gemacht, hätte es völlig andere Widerstände gegeben als dann mit einer ziemlich geschwächten Friedensbewegung möglich war, deren einer Teil mit den Grünen zu Bellizisten mutierte. Um den Preis der Machtbeteiligung willen hat die ehemalige Friedenspartei also 1999 den Kosovo-Krieg und damit die Abkehr von einer grundsätzlich gewaltfreien Außenpolitik beschlossen.

Auch das umstrittene Bahnprojekt »Stuttgart 21« ist ein Beispiel für grüne Machtpolitik auf Kosten einer Protestbewegung. Die Protestwelle gegen das Stuttgarter Bahnprojekt sowie die atomare Katastrophe von Fukushima verbunden mit einer gestärkten Anti-AKW-Bewegung hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass es mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten gibt. Kaum im Amt, zeigt sich dieser mit dem grünen Anteil seiner Landesregierung schon als Umfaller. Statt entsprechend der Hoffnungen der Bahngegner alles zu tun, um das Bahnprojekt zu stoppen, finden sich die Grünen in Land und Bund nun ziemlich klaglos mit dem Weiterbau von Stuttgart 21 ab.

Andererseits ist gerade der 2011 für Deutschland beschlossene Atomausstieg ein eindrucksvolles Beispiel dafür, welche verändernde Kraft außerparlamentarische Bewegungen entfalten können. Wer hätte denn Anfang des Jahres 2011 geglaubt, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Abschaltung von acht Atomkraftwerken noch in demselben Jahr beschließen würde? Hatte die Regierung Merkel doch eben erst eine Laufzeitverlängerung für diese AKWs beschlossen -

trotz großer Proteste der Anti-AKW-Bewegung. Dann folgte die verheerende Katastrophe von Fukushima. Die Wut, die viele Menschen angesichts der Tragödie in Japan und den Folgen für die Menschen packte, wurde zu einer Art »erneuerbarer Energiequelle« und mündete in massenhaften Protest. Förderlich dafür war das engmaschige Netzwerk der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland, das durch das Engagement vieler hunderttausender Menschen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geknüpft worden ist. Dieses Netzwerk war sofort nach dem 11. März handlungsfähig. Die Kanzlerin begriff sofort, dass sie vor diesem Hintergrund in der Atompolitik nicht fortfahren konnte wie zuvor. Und so wurde ein plötzlicher Wandel möglich. Ein riesengroßer Erfolg für alle, die sich oft jahre- oder jahrzehntelang in dieser Sache engagiert haben.

Das halte ich also weiter für wichtig: Bündnisse innerhalb der Zivilgesellschaft zu bilden, mit allen Gruppen, Organisationen und Institutionen, die sich bemühen, politische, sozio-ökonomische, friedenspolitische und ökologische Regulierungen, Gesetze und Verhaltensweisen zu entwickeln, welche in der Lage sind, negative Entwicklungen und Strukturen zu korrigieren. Es geht also darum, mit solchen Bündnissen politisch auf kommunaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene intervenieren zu können. Letztlich muss diese Einflussnahme darauf zielen, bestehende Institutionen und Politik dahin zu bringen, sich an den langfristigen Entwicklungszielen auszurichten. Solche wiederum ergeben sich aus der notwendigen Utopie einer Gesellschaft, in der alle Platz haben, also in Übereinstimmung mit der Natur leben können. Außerordentlich hilfreich ist es, wenn in solchen Bündnissen alte soziale Bewegungen wie Gewerkschaften mit den neuen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten. Und dann geht es auch darum, Bündnispartnerinnen und -partner innerhalb der bestehenden politischen Institutionen zu gewinnen. Aktuelle Beispiele solcher Bündnisse, die aber wiederum nur sehr punktuell ansetzen, sehe ich unter anderem in der »Kooperation für den Frieden«, dem Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen« und seinen Kampagnen, der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, der Drohnen-Kampagne, der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«, der Kampagne »Steuer gegen Armut«, der Kampagne für Saubere Kleidung.

■ Ein grundlegender Wandlungsprozess ist notwendig

Doch das alles wird meines Erachtens nicht ausreichen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor welchen wir stehen. Dazu gehört die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, »das die Begrenztheit der Erde ernst nimmt und deshalb

deren reiche Ressourcen nur für die qualitative Verbesserung des Lebens der Weltbevölkerung nutzt – nicht aber für das Wachstum der Renditen von Kapitaleigentümern.«¹⁾ Eine weitere Herausforderung – zum Teil damit zusammenhängend – ist die Überwindung von Kriegen und anderen Formen von Gewalt. Deshalb muss es um einen notwendigen tiefgreifenden gesamtulturellen Wandel gehen. »Es muss um die Gewinnung grundsätzlich neuer Formen von Kultur, Lebensführung und Gesellschaftsgestalt gehen«, so Ulrich Duchrow. »Sie muss mehr auf Kooperation statt Konkurrenz aufgebaut sein, eine neue Balance weiblicher und männlicher Wesenszüge enthalten, auf jeden Fall die Grundbedürfnisse der Menschen und die Überlebensfähigkeit der natürlichen Grundlagen in den Vordergrund rücken – im Gegensatz zu Reichtums- und Herrschaftswachstum. Dessen Erfolg wird traditionell gemessen an einem einzigen Indikator, dem (monetär ausgedrückten) Wachstum des Bruttosozialprodukts.«²⁾

Neben den unmittelbaren politischen Interventionen mit unseren Bündnissen, mit denen wir die schlimmsten Übel abzuwenden versuchen, muss es also in langfristiger Perspektive um einen solchen grundlegenden Wandlungsprozess gehen. Deshalb gilt es, möglichst viele Menschen zu gewinnen, »um sich dem konkreten emanzipatorischen Kampf anzuschließen, der um der Menschheit und der Erde und damit auch um ihrer selbst und ihrer Nachkommen willen geführt werden muss. Nur von unten kann eine neue Ordnung wachsen unter direkter Partizipation der ganzen Vielfalt solidarisch gewordener Menschen und Gruppen.«³⁾

Es gilt also, die Zusammenhänge zu verstehen und in transformatorischer Weise zu handeln. Hierfür würde es sehr hilfreich sein, wenn sich Menschen zu Basisgemeinschaften zusammenschließen, kleine Zellen bilden. Willi Haller hat ein damit verbundenes Politikverständnis für mich in seinem Buch »Ohne Macht und Mandat« überzeugend dargelegt. So überzeugend, dass es mir bei meinem Abschied von meinen parteipolitischen Illusionen sehr hilfreich war.

Haller führt aus: Wer politisch etwas verändern wolle, ohne dabei die Instrumente von Macht, Herrschaft und Gewalt zu verwenden, dem bleibe die Bildung von Gemeinschaften von

-
- 1) Ulrich Duchrow und Franz Segbers (Hrsg.): Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Marktwirtschaft. Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Oberursel 2008, S. 8
 - 2) Ulrich Duchrow: Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen?, in: Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen- oder nur im Süden und Osten? Von Ulrich Duchrow, u.a., Sonderdruck der Junge Kirche, Beilage zu Heft 4/April 1997, S. 83 f.
 - 3) Ulrich Duchrow/Reinhold Bianchi/René Krüger/Vincenzo Petracca: Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung. Verlag: Vsa; Publik-Forum, 2006, S. 397

gleichgesinnten Menschen. Diese Gemeinschaften betrachten sich »gemeinsam als eine Pioniergesellschaft, deren Aufgabe es ist, unter Verzicht auf Macht und Mandat ihren politischen Willen innerhalb der eigenen Strukturen zu verwirklichen, also sich selbst individuell und kollektiv in die Pflicht zur Umkehr und zur Veränderung zu nehmen. Sie gleichen so den Pionierpflanzen, die nach Naturkatastrophen oder in unwirtlichen Gebieten als erste Boden besiedeln und ihn so vorbereiten für die Besiedlung durch andere.«⁴⁾

Das vorrangige Ziel der politischen Arbeit ist dann »nicht die nationalstaatliche Großgesellschaft, sondern die Bildung einer alternativen Gesellschaft innerhalb der Großgesellschaft, ohne sich durch deren Grenzen einschränken zu lassen. Dabei geht es im ersten Schritt um die Bildung von Basisgemeinden, also von überschaubaren solidarischen Gemeinschaften. (...) Die Veränderung der eher ablehnend und feindselig gesinnten Großgesellschaft ist erst als sekundäres, indirektes Ziel ins Auge gefaßt (...). Die Vorstellung von der Veränderung der politischen Landschaft der Großgesellschaften basiert nicht auf Mitteln der Macht. Die Veränderung soll also nicht erzwungen werden. Sie ist nicht mehr als ein Angebot, das auf einem konkreten gesellschaftlichen Beispiel aufbaut.«⁵⁾

■ »Jesuanische Politik«

Nach Willi Haller ist also das beispielhafte Handeln einer Gemeinschaft der Weg, der letztlich auch zur politischen Veränderung führen soll. »Jesuanische Politik«, wie er seinen Ansatz bezeichnet, »unter Verzicht auf die Ausübung von Macht und Herrschaft kann als Träger für ihre Durchsetzung nur auf die Gemeinschaft der Gleichgesinn-

ten bauen und auf die Hoffnung, daß diese Gemeinschaft wächst, sich mit anderen netzartig verbindet und schließlich für die nationalstaatlichen Großgesellschaften zum nachahmenswerten Beispiel wird. Dieser Weg zur Durchsetzung politischer Ziele beginnt also mit dem Selbstversuch und der Selbstverpflichtung, individuell wie kollektiv. Dabei kann die kollektive Dimension nicht hoch genug bewertet werden. Schließlich geht es vor allem um soziale Probleme und damit um die solidarische Gemeinschaft und Gesellschaft, die irgendwann weltumspannende Dimensionen annehmen muß.«⁶⁾

Diese Gedanken aufnehmend geht es mir um eine Art Doppelstrategie. Einerseits der Versuch, solche Gemeinschaften und kleine Zellen zu bilden, die gemeinsam neue Formen des Wirtschaftens entwickeln sowie soziale und politische Verantwortung übernehmen. Es geht dabei insgesamt um ein klares Nein zum gegenwärtigen polit-ökonomischen Gesamtsystem, glaubwürdig gemacht durch die Modellarbeit an radikalen Alternativen im Kleinen. Andererseits sind unmittelbare politische Interventionen erforderlich, um die Macht zumindest ein Stück weit zu zähmen. Hierfür ist die Bildung von Bündnissen auf allen Ebenen erforderlich, um sich damit politisch einmischen zu können. Hierfür können auch Bündnispartnerinnen und -partner in Parteien und Parlamenten sinnvoll sein. Wer sich als Pazifistin, als Pazifist zutraut, diesen Weg zu gehen, ohne sich dabei verbiegen zu lassen, soll ihn gehen. Möglichst illusionslos. Und möglichst, ohne bei anderen Illusionen zu schüren, was auf diesem Weg möglich ist. Mein eigener Weg ist das nicht (mehr).

Michael Schmid ist Forum Pazifismus-Redakteur, Mitglied in der DFG-VK, im Versöhnungsbund und im BSV und engagiert im Lebenshaus Schwäbisch Alb.



4) Willi Haller: Ohne Macht und Mandat: Der messianische Weg in Wirtschaft und Sozialem. Wuppertal 1992, S. 39 f.

5) ebd., S. 40

6) ebd., S. 46